

# +++ 37. NEWSLETTER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS +++

**Liebe Newsletter-AbonentInnen,**

aufgrund einer technischen Umstellung erfolgt die Versendung des "Newsletter gegen Rechts" seit der letzten Ausgabe per Mail. Ihre Mail-Adressen werden selbstverständlich weiterhin ausschließlich zur Versendung des Newsletters verwendet. Sollten Sie diesen nicht mehr erhalten wollen, können Sie ihn künftig durch kurze Mitteilung an [newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de) abbestellen. Im Übrigen bleibt aber alles wie gehabt!

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,**

**dies ist die 37. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.**

**Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft**

***Ihre/Eure Clara Herrmann***  
**Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus**

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, [newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de)

## +++ Inhalt +++

- 1. NSU-Konferenz – 3 Jahre nach Aufdeckung des NSU-Skandals**
- 2. Schriftliche Anfragen an den Senat**
- 3. NSU: Anhörung im Berliner Innenausschuss**
- 4. Verschiedenes**

## + 1. NSU-Konferenz – 3 Jahre nach Aufdeckung des NSU-Skandals +

Am 7. und 8. November findet eine Konferenz zum dritten Jahrestag der Aufdeckung des NSU-Terrors im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Die Konferenz "**Aufdecken, aufklären, verändern - 3 Jahre danach: Konsequenzen aus dem NSU-Terror**" wird gemeinsam von der Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen veranstaltet. Mit interessanten Gästen und einschlägigen Expert\_innen möchten wir auf der Konferenz über echte Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden diskutieren. Neben Vertreter\_innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und der Polizei wird der Journalist und Autor Stefan Aust (Buch "Heimatschutz") mit einem Referat teilnehmen.

Nähere Informationen zum gesamten Programm und einen Link zur Anmeldung finden Sie [hier](#)

## + 2. Schriftliche Anfragen an den Senat +

Ich habe die Sommerpause genutzt, um an den Senat eine Reihe an *Schriftlichen Anfragen* zu richten, die sich mit Thema **Rechtsextremismus** befassen. Die Antworten des Senats haben interessante, aber auch besorgniserregende Erkenntnisse hervorgebracht. Eine Anfrage zum Ausmaß des **Antisemitismus** in Berlin zeigt beispielsweise, dass angesichts der Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes, zwischen dem 12. Juli und dem 1. August, also innerhalb von zwanzig Tagen, 133 Strafanzeigen verzeichnet wurden, die im Zusammenhang mit Antisemitismus stehen. Zum Vergleich: Im gesamten letzten Jahr waren es 195.

Auch zum Thema **Hooligans in der Fußballszene** zeigt die Antwort des Senats, dass die Anzahl gewaltsuchender Fans in diesem Jahr angestiegen ist und darunter auch Neonazis zu finden sind.

Diese und weitere Anfragen sowie die Antworten des Senats zu den Themen **Verfassungsschutz** und **militante Rechtsextreme** können sie in gesamter Länge unter den folgenden Links finden.

+++

- Meine Schriftliche Anfrage zum Thema **Antisemitismus** finden Sie [hier](#)

### **Aus der Presse:**

- Einen Artikel aus der „Badischen Zeitung“ zur *Schriftlichen Anfrage* zum Thema Antisemitismus finden Sie [hier](#)
- Die „Bild“ veröffentlichte zu den Zahlen meiner Anfrage einen Artikel, den Sie [hier](#) finden können

+++

- Meine Schriftliche Anfrage zum Thema **Zusammenarbeit von Hooligans und Neonazis in Berlin** können Sie sich [hier](#) anschauen

### **Aus der Presse:**

- Ein Artikel vom „Berliner Kurier“ zu meiner *Schriftlichen Anfrage* zum Thema **Hooligans** ist [hier](#) zu finden
- Die „Berliner Zeitung“ veröffentlichte zur Antwort auf meine *Schriftliche Anfrage* einen Artikel, den Sie [hier](#) finden

+++

- Mein *Schriftliche Anfrage* an den Senat mit dem Titel „**Keine Informationsweitergabe des Verfassungsschutzes nach Thüringen?**“ finden Sie [hier](#)

+++

- Meine *Schriftliche Anfrage* „**Militante Rechtsextreme**“ an den Senat können Sie sich [hier](#) anschauen

## **+ 3. NSU: Anhörung im Berliner Innenausschuss +**

Am 15. September hatten wir eine Anhörung zum Thema NSU im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung des Berliner Abgeordnetenhauses. Angehört wurden die Bundestagsabgeordneten, Christian Ströbele (Bündnis 90/ Die Grünen), Clemens Binninger (CDU), Petra Pau (Die LINKE) und Eva Högl (SPD), die im NSU-Untersuchungsausschuss mitgewirkt haben sowie Özge Pinar Sarp (NSU-watch). Die vier Abgeordneten berichteten und informierten über Ergebnisse des Abschlussberichts und über Konsequenzen für Polizei und Sicherheitsbehörden. Auch ging es um die Berliner Rolle im NSU-Skandal und die umstrittene V-Mann-Führung beim LKA Berlin, die laut

Innensenator Frank Henkel und Polizeipräsident Klaus Kandt bereits verbessert wurde. Weitere geplante Reformschritte wurden durch die Berliner Polizei vorgestellt. Die Veränderungen sind noch nicht ausreichend - Wir brauchen weitreichende Reformen, um angemessene Konsequenzen aus den Ermittlungsfehlern im NSU-Komplex ziehen zu können.

- Das Wortprotokoll der Ausschusssitzung finden Sie unter diesem [Link](#)

### **Aus der Presse:**

- Der Artikel in der „Märkische Online Zeitung“ über die Innenausschusssitzung ist [hier](#) zu finden
- Einen Artikel aus „Neues Deutschland“ über den Besuch die Anhörung im Innenausschuss finden Sie [hier](#)
- Die Rede von Özge Pınar Sarp (NSU-watch) vor dem Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhaus können Sie [hier](#) lesen

## **+ 4. Verschiedenes +**

Diskussionsveranstaltung "*Keine Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung*" – Am Montag, den 15. September 2014, fand in der Französischen Friedrichstadtkirche eine von der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin initiierte Diskussionsveranstaltung zum Thema "Umgang mit Bedrohung durch rechtsextreme Gewalt" statt. Rechtsextreme Gewalt und deren Androhung beeinträchtigt nach wie vor das Leben und die Arbeit von Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen, wie beispielsweise Flüchtlinge und Engagierte, die sich mit ihnen solidarisch erklären oder in Willkommensinitiativen aktiv sind – dagegen muss auch von Staatsseite aktiv vorgegangen werden!

### **Aus der Presse:**

- Einen Artikel in der Zeitung "Neues Deutschland" zur Bedrohung aus der rechten Szene gegenüber Aktivisten im Zuge der Diskussionsveranstaltung finden Sie [hier](#)

+++

Meinen Artikel zu **rechtsextremen und diskriminierende Vorfällen 2013** im Stachel, der Zeitung der Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg, finden Sie [hier](#)

+++

Zum 1. August diesen Jahres mobilisierte die NPD in Berlin ihre Anhänger, um 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges die Geschichte zu verfälschen und den Krieg zu verherrlichen. Doch um die 300 Gegendemonstranten erreichten, dass die rund 25 Neonazis nicht einmal zu hören waren. Die Berlinerinnen und Berliner haben wieder einmal gezeigt, dass sie Provokationen der Rechtsextremen nicht hinnehmen und ihre Stadt zu verteidigen wissen!

- Meine Pressemitteilung zum Aufruf gegen Die NPD-Demo können Sie [hier](#) finden

#### **Aus der Presse:**

- Einen Artikel der „taz“ zur gescheiterten NPD-Demo am Brandenburger Tor finden Sie [hier](#)